



Impulse für einen zukunftsfähigen EU-Haushalt

böllpaper

Die fehlende Mitte

Stärkung der Rechenschaftspflicht der
Mitgliedstaaten und regionaler Inklusion
im nächsten EU-Haushalt

Tsvetelina Kuzmanova

1 Ein Neuanfang in der Governance der EU-Förderung*

Der Entwurf der Europäischen Kommission für den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2028–2034 markiert einen Wendepunkt für die Governance des EU-Budgets. Mit dem Ziel eines „einfacheren, flexibleren und strategischeren“ Haushalts strebt die Kommission die Zusammenführung mehrerer Finanzierungsinstrumente unter neuen Strukturen wie dem Europäischen Wettbewerbsfonds (*European Competitiveness Fund*, ECF) und den nationalen und regionalen Partnerschaftsplänen (*National and Regional Partnership Plans*, NRPP) an.¹ Im Rahmen der NRPP sollen die Kohäsions-, Landwirtschafts-, Fischerei- und innenpolitischen Förderprogramme der EU zusammengefasst und in länderspezifischen Plänen direkt zwischen der Kommission und den Regierungen der Mitgliedstaaten ausgehandelt werden. Fördermittel würden dann nur noch ausgezahlt, wenn vereinbarte Meilensteine erreicht und Reformen abgeschlossen sind. Dieses leistungsbasierte Modell ist von der Aufbau- und Resilienzfazilität (*Recovery and Resilience Facility*, RRF) inspiriert und soll das derzeitige mehrstufige System ersetzen, bei dem die Verwaltung der Fördermittel zwischen lokalen, regionalen und nationalen Behörden aufgeteilt ist. Dies würde eine Machtverschiebung zugunsten der nationalen Regierungen und der Kommission bedeuten.

Befürworter*innen sehen darin eine Chance für mehr Kohärenz und Rechenschaftspflicht, während Kritiker*innen vor einer Rezentralisierung und weniger demokratischer Kontrolle warnen, da die Rolle des Europäischen Parlaments geschwächt wird. Daher wird die Ausgestaltung und Governance der NRPP ausschlaggebend dafür sein, ob der nächste MFR einen strategischeren und effektiveren Haushaltsplan für gerechten und inklusiven Wandel ermöglicht oder womöglich die Kontrolle über den Haushalt zu Lasten von Inklusivität und Transparenz an einigen wenigen Stellen bündelt.²

Erste Debatten zwischen den europäischen Gesetzgebungsorganen haben gezeigt, dass die Reform der Governance ein sensibler Punkt in den Verhandlungen um den nächsten MFR ist. Wenn es gut durchdacht ist, kann das neue Modell die langjährige Lücke zwischen den Ambitionen auf EU-Ebene und der Umsetzung vor Ort schließen. Allerdings nur, wenn die Mitgliedstaaten wirklich Verantwortung für Reformen und Investitionen übernehmen, die gemeinsame Ziele in greifbare Ergebnisse verwandeln.

* Hinweis: Dieses Policy Paper wurde aus dem Englischen übersetzt. Redaktionsschluss für die Veröffentlichung des Originals war im November 2025.

1 Europäische Kommission, [Ein dynamischer EU-Haushalt für die Prioritäten der Zukunft – der Mehrjährige Finanzrahmen 2028–2034](#), 16. Juli 2025

2 E3G, [Steep politics will shape the next EU budget and its climate implications](#), 1. September 2025

2 Rechenschaftspflicht der Mitgliedstaaten: die fehlende Mitte in der Transformation der EU

Europa steht vor dem entscheidenden Jahrzehnt seiner Klima- und Industriewende. Die Verhandlungen über das Klimaziel 2040 im EU-Klimagesetz und den nächsten national festgelegten Beitrag (*Nationally Determined Contribution*, NDC) der EU werden bis Mitte des Jahrhunderts den Takt für die Dekarbonisierung bestimmen. Gleichzeitig sind Unternehmen und Investoren gefordert, diese langfristigen Ziele tatsächlich zu realisieren. Tausende Unternehmen erarbeiten zurzeit Transformationspläne, in denen sie darlegen, wie sie ihre Geschäftsmodelle, Investitionsentscheidungen und Wertschöpfungsketten an die Net-Zero-Vorgaben anpassen wollen.³

Diese doppelte Herangehensweise, von oben und von unten, ist zwar essenziell, aber unvollständig. Die Ebene der Mitgliedstaaten, in deren Händen die wichtigsten politischen und fiskalischen Instrumente für die Umsetzung liegen, stellt nach wie vor die ‚fehlende Mitte‘ in der europäischen Transformationsarchitektur dar. Die Umsetzung einer systemischen Transformation in dem für das Erreichen der Klimaneutralität nötigen Umfang – wie wir produzieren, konsumieren, investieren und regieren – erfordert einen klaren, verlässlichen Steuerungsrahmen, der Ambition und Umsetzung zusammenbringt.⁴ Die Mitgliedstaaten müssen dieses Bindeglied zwischen EU-Zielvorgaben und realwirtschaftlichem Wandel sein. Regierungen gestalten den Energiemix, sie regulieren Infrastrukturen und Märkte und entscheiden über staatliche Investitionen. Und doch geben nur wenige eine klare Richtung oder einen Anforderungsrahmen für Rechenschaft zur Lenkung von Unternehmen und Investoren vor. Das Ergebnis ist ein Flickenteppich: große Ambitionen auf EU-Ebene, zunehmende Planungsdisziplin bei Unternehmen, Organisationen und Institutionen – und wachsende Unsicherheit dazwischen.

Glaubwürdige Planung auf nationaler Ebene ist eine wirtschaftliche Notwendigkeit geworden, denn sie sendet die richtigen Signale für Branchen und Unternehmen. Klare Vorgaben verringern Unsicherheit, lenken private Investitionen und ermöglichen Regierungen, ihre Infrastruktur-, Fachkräfte- und Innovationspolitik in Einklang zu bringen.

Die nationalen Energie- und Klimapläne (*National Energy and Climate Plans*, NECP), welche die EU-Klimaziele in glaubwürdige nationale Strategien überführen sollen, erfüllen ihre Aufgabe nur mit Mühe. CAN Europe zufolge würden die finalen NECP zusammengenommen die Emissionen bis 2030 um ca. 54 Prozent reduzieren, aber nur,

3 CDP, [Climate Transition Plans](#), Juni 2024; Science Based Targets Initiative, [Climate Action Milestone: 6,000+ Companies Adopt Science-Based Targets](#), 30. August 2024

4 Cambridge Institute for Sustainability Leadership, [Competing in the Age of Disruption](#), April 2025

wenn sie vollständig umgesetzt werden.⁵ Damit würden sie das Ziel der EU von 55 Prozent Minderung knapp verfehlt. Dennoch fehlen in den meisten Plänen belastbare Finanzierungsstrategien, glaubwürdige Politikmaßnahmen oder klare Kontrollmechanismen. Nur etwa die Hälfte der evaluierten NECP enthalten Politikszenarien, die auf die erforderlichen Emissionsreduktionen in wichtigen Sektoren wie Landwirtschaft, Verkehr, Gebäude und Abfall abgestimmt sind. Bei der Energieeffizienz erreichen die meisten Mitgliedstaaten nicht einmal die Mindestvorgaben der Energieeffizienzrichtlinie, wodurch die EU insgesamt schätzungsweise 8,1 Prozent unter den Einsparzielen liegt.⁶ Unterdessen subventionieren die Mitgliedstaaten weiterhin fossile Brennstoffe und schieben langfristige Investitionen auf.⁷ Dänemark bleibt eines der wenigen Länder, das einen umfassenden Plan für den Ausstieg aus fossilen Brennstoffen und die Einrichtung eines grünen Fonds für die Übergangsphase hat.⁸

Das Ergebnis sind andauernde Lücken bei Glaubwürdigkeit und Umsetzung, die außerdem zu einer Verschärfung der sozialen und regionalen Ungleichheit führen könnten. Obwohl Unternehmen und Finanzinstitute gemäß der Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (*Corporate Sustainability Reporting Directive*, CSRD) und der Richtlinie über die Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit (*Corporate Sustainability Due Diligence Directive*, CSDDD) inzwischen nachprüfbare Transformationspläne vorlegen müssen, ist eine solche Planung auf nationaler Ebene nach wie vor größtenteils freiwillig. Ohne verbindliche Meilensteine, unabhängige Prüfung und transparente Berichterstattung bleiben die Mitgliedstaaten das schwächste Glied im Vergleich zu den EU-Ambitionen und unternehmerischem Handeln. Je näher das Klimaziel 2040 rückt, desto wichtiger ist die Rolle der NECP beim Schließen dieser Lücke. Ihre Einbettung in das neue NRPP-Programm nach dem Modell der Konditionalitäten in der Aufbau- und Resilienzfazilität kann diese Rechenschaftspflicht verstärken und die Umsetzung der Vorgaben durch die Mitgliedstaaten zu einer tragenden Säule der EU-Strategie für Klima und Wettbewerbsfähigkeit machen.

5 CAN Europe, NECPs: [NGOs call for stronger implementation to close gaps in National Energy and Climate Plans](#), 28. Mai 2025

6 CAN Europe, [Blueprint or bust: Europe's climate targets hinge on implementation](#), Juni 2025

7 European Environmental Agency, [Fossil fuel subsidies](#), September 2025

8 ECNO, [2024 Report: State of EU progress to climate neutrality](#), Juli 2024

3 Lehren aus der Aufbau- und Resilienzfazilität: Zugewinne bei Rechenschaftspflicht, Lücken bei Inklusion

Durch die direkte Verknüpfung von finanzieller Unterstützung mit der Umsetzung von Strukturreformen nach länderspezifischen Empfehlungen des Europäischen Semesters war die Aufbau- und Resilienzfazilität ein wirkmächtiger Prototyp, um die Rechenschaftspflicht der Mitgliedstaaten im EU-Haushalt zu verankern.⁹ Erstmals wurde die Förderung an nachprüfbare Leistungen gebunden: Reformen, Meilensteine und messbare Ergebnisse anstelle von vorab zugeteilten Budgettöpfen. Das stellte eine grundlegende Abkehr von der bisherigen Kohäsions- und Landwirtschaftsförderung dar und dient als Vorlage für die leistungsbasierte Logik, die nun auch für die NRPP im Gespräch ist.¹⁰

Diese Struktur hatte einige wichtige Vorteile. Die leistungsbasierte Konditionalität verbesserte die Glaubwürdigkeit und gab der Kommission Einflussmöglichkeiten, die bisher in kaum einem anderen Förderprogramm vorhanden waren. Indem finanzielle Unterstützung an vereinbarte Reformen gekoppelt wird, kann die EU-Fazilität Mitgliedstaaten dazu anregen, lang anhaltende politische Herausforderungen anzugehen. Regelmäßige Prüfungen und Nachhaltung von Meilensteinen haben den Stand der Umsetzung sichtbarer gemacht, sodass die Kommission eingreifen kann, sollten Fortschritte nicht im erwarteten Tempo erfolgen. Die gleichzeitige Einbeziehung von Kapiteln des REPowerEU-Plans zeigte außerdem, dass das Modell an neu auftretende Krisen angepasst werden kann, ohne an Kohärenz zu verlieren.¹¹

Die Fazilität deckte allerdings auch bedeutende Schwächen auf, die im nächsten MFR behoben werden müssen: Die Auszahlung erfolgte langsam und ungleichmäßig. Bis Ende 2023 war weniger als ein Drittel des Finanzrahmens von 724 Milliarden Euro an die Mitgliedstaaten ausgezahlt worden und weniger als 30 Prozent der Meilensteine wurden erreicht.¹² Einige Mitgliedstaaten hatten zu diesem Zeitpunkt noch gar keine Zahlungen erhalten. Außerdem hatten die meisten lokalen und regionalen Verwaltungen kaum Mitspracherecht bei der Gestaltung der Pläne und eine zentralisierte Mittelverwaltung führte oft dazu, dass Städte und Regionen vernachlässigt wurden.¹³ Auch das Europäische Parlament war nicht ausreichend involviert und hatte weder eine Aufsichtsfunktion noch einen klaren Überblick darüber, wer die Fördermittel

9 FEPS, [Governing the RFF](#), Juni 2023

10 Europäischer Rechnungshof, [Sonderbericht 26/2023: Der Leistungsüberwachungsrahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität](#), Oktober 2023

11 ZOE Institut, [Briefing: A single rulebook for EU funds](#), Februar 2025

12 Europäischer Rechnungshof, [Sonderbericht 26/2023: Der Leistungsüberwachungsrahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität](#), Oktober 2023

13 Europäischer Ausschuss der Regionen, [Stellungnahme Halbzeitüberprüfung des Europäischen Aufbauplans für die Zeit nach der COVID-19-Krise \(Aufbau- und Resilienzfazilität\)](#), Dezember 2024

empfing.¹⁴ Angesichts dieser Kritikpunkte besteht mit der vorgeschlagenen Struktur für die neuen NRPP die Gefahr, dass sich die selben Mängel bei Transparenz und demokratischer Kontrolle zeigen werden.¹⁵

Diese Schwachstellen machen das Modell nicht unbrauchbar. Die EU sollte eine leistungsisierte Konditionalität als entscheidendes Merkmal des neuen MFR beibehalten. Zugleich sollte aber die Verifizierung vereinfacht, Transparenz verbessert und administrative Unterstützung je nach Kapazitäten des Mitgliedstaats angeboten werden. Die Erfahrungen der Mitgliedstaaten unterstreichen diesen Punkt. Der „Greece 2.0“-Plan Griechenlands konnte dank klarer Verwaltungsstrukturen und zentraler Koordination zügig und mit sichtbaren Reformen umgesetzt werden.¹⁶ Italien hingegen verzeichnete mit seinem Plan anfänglich Fortschritte bei Reformen in der Beschaffung und für Wettbewerbsfähigkeit, erzielte jedoch kaum tiefgreifende strukturelle Veränderungen.¹⁷ Wichtiger als das Finanzierungsmodell an sich sind die Umsetzungskapazitäten, politische Verantwortungsübernahme und administrative Koordinierung – sie entscheiden über Erfolg oder Misserfolg.

Die Lehre für den nächsten MFR? Es braucht eine glaubwürdige Governance-Struktur, Rechenschaftspflichten, Inklusivität und administrativen Realismus.

14 Europäisches Parlament, [Discharge: MEPs sign off EU budget for 2023 while highlighting persistent issues](#), 7. Mai 2025

15 Europäisches Parlament, [Haushaltsvorschlag „einfach nicht ausreichend“, um Europas Herausforderungen zu bewältigen, warnen führende Abgeordnete](#), 16. Juli 2025

16 Europäische Kommission, [Jahresbericht 2025 über die Durchführung der Aufbau- und Resilienzfazilität, 8. Oktober 2025; Parapolitika, Greece leads EU in Recovery Fund implementation with „Greece 2.0“](#), 9. Oktober 2025

17 CEPR, [Policy Insight 130: Is Italy’s RRF plan working, or is it just another waste of money?](#), Mai 2024

4 Erneute Verknüpfung der regionalen und lokalen Ebene

Eine zentrale Frage für den nächsten MFR ist, wie die regionale und lokale Ebene in die Gestaltung und Umsetzung von EU-Fördermaßnahmen einbezogen werden soll.

Jahrzehntelang waren Regionen und Städte im Rahmen der Kohäsionspolitik formal an der Planung, Zuweisung und Umsetzung von strukturellen Fördermaßnahmen beteiligt. Dies trug dem Partnerschaftsprinzip Rechnung, das seit 1988 in der EU-Gesetzgebung verankert ist.¹⁸ Obgleich ihrer Inklusivität haben Ausgaben für Kohäsion bisher oft nur langsam und vereinzelt Ergebnisse erzielt, die wiederum nur begrenzt im Einklang mit Klimazielen standen. Trotz zunehmender regionaler Vulnerabilitäten sind nur etwa 3 Prozent der Kohäsionsförderung im MFR 2021–2027 unmittelbar für die Anpassung an den Klimawandel zweckgebunden.¹⁹

Die vorgeschlagene Umstellung auf länderspezifische Pläne wendet sich zwar von diesem Modell ab, schwächt aber zugleich die Multi-Level-Governance und damit die Akteure, die am stärksten an der Umsetzung vor Ort arbeiten.²⁰ Wichtige Bereiche wie Energieeffizienz, Anpassung an den Klimawandel und Wohnungsbau sind vom Handeln und von den Kapazitäten lokaler Behörden abhängig. Ohne eine strukturierte Koordination besteht die Gefahr, dass der EU-Mittel-Einsatz an der Realität vorbeigeht, was wiederum dazu führt, dass vor Ort zu wenig Verantwortung übernommen und nur zögerlich umgesetzt wird.²¹

Dennoch enthalten die vorgeschlagenen NRPP nur einen vagen Mechanismus für die Einbeziehung von Interessengruppen. Das verringert ihren Einfluss auf Investitionsprioritäten und macht aus dem gelebten Grundsatz der Multi-Level-Governance eine verfahrenstechnische Formalie.²² Die nachweislichen Erfahrungen mit der Aufbau- und Resilienzfazilität unterstreichen diese Bedenken: Lokale Behörden waren oft nur marginal an der Ausgestaltung und Kontrolle nationaler Aufbaupläne beteiligt. Das führte zu eingeschränkter territorialer Kohärenz, Überlappungen bei Projekten und verpassten Chancen für Synergien zwischen lokalen Initiativen und nationalen Reformen.²³ Dieses „Demokratiedefizit“ untergrub Transparenz und Legitimität, vor allem dann, wenn regionale Erfordernisse von nationalen Prioritäten abwichen.²⁴ Die jüngsten Änderungen der Europäischen Kommission am NRPP-Entwurf sind ein Schritt in die richtige Richtung. Dazu gehören die Stärkung des Partnerschaftsprinzips und

18 Rat der Europäischen Gemeinschaften, Verordnung des Rates vom 24. Juni 1988 über Aufgaben und Effizienz der Strukturfonds und über die Koordinierung ihrer Interventionen untereinander sowie mit denen der Europäischen Entwicklungsbank und der anderen vorhandenen Finanzinstrumenten, 24. Juni 1988

19 Europäisches Parlament, Climate adaptation using Cohesion Policy. Fostering adaptation, regional resilience and economic sustainability, Oktober 2024

20 Versammlung der Regionen Europas, MFF 2028 – 2034: Regional Development at Stake, September 2025

21 Local Alliance, Shared governance of strategies, priorities and policies for an efficient use of EU Budget and implementation of EU priorities, Mai 2025

22 Versammlung der Regionen Europas, MFF 2028 – 2034: Regional Development at Stake, September 2025

23 Clingendael, The Recovery and Resilience Facility: Success model or democratic deficiency, 2025

24 Ebd.

regionale Checks, mit denen sichergestellt werden soll, dass die zuständigen regionalen Behörden an der Erarbeitung, Umsetzung und Evaluierung der NRPP beteiligt sind.

Das Beispiel Budapests zeigt, warum territoriale Absicherungen wichtig sind: Trotz großer Ambitionen beim Klimaschutz seitens der progressiven Stadtverwaltung wurde ihr Zugang zu EU-Mitteln durch die nationale Politik behindert. Nach der Wahl eines Bürgermeisters aus der Opposition 2019 kürzte die ungarische Regierung die Einnahmen der Kommune und schloss Budapest aus Förderprogrammen des EFRE (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung) und der Aufbaufazilität aus.²⁵ Spezielle, territorial fokussierte Kapitel wie im *Just Transition Fund* können solche Blockaden verhindern, indem Mittel innerhalb der nationalen Finanzierungsrahmen für lokale Prioritäten zweckgebunden werden.²⁶

Zur Stärkung der Multi-Level-Governance sollten die NRPP:

- eine strukturierte Teilhabe institutionell verankern, um sicherzustellen, dass Regionen, Städte und die Zivilgesellschaft bei der Ausgestaltung und Kontrolle eingebunden sind. Das Partnerschaftsprinzip muss, wie von der Europäischen Kommission in ihren Änderungen der Bestimmungen für die NRPP vorgeschlagen, klar definiert und gestärkt werden,
- spezielle Kapitel für Territorien bzw. Städte einführen, die eine Finanzierung lokal geleiteter Projekte schützen,
- mithilfe technischer Unterstützung und vereinfachter Verfahren in lokale Kapazitäten investieren,
- eine vertikale und horizontale Angleichung lokaler, nationaler und EU-weiter Ziele sicherstellen.

Die Stärkung der Multi-Level-Governance ist nicht nur eine Frage der Glaubwürdigkeit der EU und ihrer demokratischen Legitimität, sondern auch der Kohäsion, der Fairness und der effektiven Umsetzung. Die meisten Investitionen aus dem *Clean Industrial Deal* werden sich auf regionaler und lokaler Ebene niederschlagen. Der MFR muss die Regionen und Städte dazu befähigen, inklusiven und gerechten Wandel als gleichwerte Partner mitzugestalten, anstatt bloß Umsetzende zu sein.²⁷

²⁵ Political Capital, [Seizing An Unparalleled Opportunity To Meet The Eu Strategic Objectives - The Case for Cities' Increased Direct Access to EU Funding, Juni 2023](#)

²⁶ Eurocities, [Budapest report calls for cities to directly access EU funds, November 2023](#)

²⁷ Local Alliance, [Shared governance of strategies, priorities and policies for an efficient use of EU Budget and implementation of EU priorities, Mai 2025](#)

5 Kohärenz im MFR sicherstellen: NRPP und der Europäische Fonds für Wettbewerbsfähigkeit

Die Herausforderung einer guten Governance besteht nicht nur vertikal auf EU-, nationaler und lokaler Ebene, sondern auch horizontal über die verschiedenen Finanzierungsinstrumente hinweg. Der Europäische Fonds für Wettbewerbsfähigkeit (ECF) soll Ausgaben für Industrie, Innovation und Dekarbonisierung konsolidieren, doch seine Verbindung zu den NRPP bleibt unklar.

In einem kohärenten System sollten die Ziele, Meilensteine und Berichtspflichten des ECF und der NRPP im Einklang stehen. Mit gemeinsamer Aufsicht und transparenten Indikatoren ließe sich besser nachverfolgen, wie Investitionen in der Industrie, der Aufbau von Fachkräften und regionale Ausgaben gemeinsam auf die Klima- und Wettbewerbsziele der EU einzahlen. Der Großteil der EU-Mittel (etwa 784 Milliarden Euro) wird im Rahmen der NRPP ausgezahlt. Mit den richtigen Reformen können aus diesen Plänen robuste nationale Investitionsstrategien für einen wettbewerbsfähigen, klimafreundlichen Wandel werden. Vor allem die vorgeschlagene Mitgliedstaatenkomponente von ECF InvestEU kann hier eine Brücke sein zu besseren Einflussmöglichkeiten, geringeren Finanzierungskosten sowie administrativen Vereinfachungen durch Finanzierungsinstrumente führen.²⁸

Die Abstimmung von ECF und NRPP ist keine technische Anpassung, sondern eine Notwendigkeit für die Governance beider Programme. Mit einem gut koordinierten, wirksamkeitsgeleiteten Modell könnten Europas Ambitionen für strategische Autonomie und grüne Industrie kohärent auf nationaler und lokaler Ebene umgesetzt werden.

²⁸ Climate Strategy & Partners, Towards and evidence-based and efficient design of climate and competitive investments in the next MFF, 2025

6 Politische Empfehlungen

Damit der MFR 2028–2034 ein wirksamer Treiber für die grüne und industrielle Transformation in Europa wird, muss die Governance der neuen NRPP Rechenschaftspflicht, Inklusivität und Koordination stärken. Die folgenden Empfehlungen skizzieren die wichtigsten Elemente für einen glaubwürdigen und effektiven Finanzrahmen.

1. **Rechenschaft auf Mitgliedstaatenebene verankern:** Jeder NRPP sollte verbindliche Meilensteine und transparente Fortschrittsindikatoren enthalten, die im Einklang mit den Industrie- und Klimazielen der EU stehen.
2. **Integration leistungsbasierter Konditionalität:** Bei gleichzeitiger Vereinfachung der Überwachung und Berichterstattung sollten die Auszahlungen an verifizierte Ergebnisse geknüpft sein.
3. **Glaubwürdige Transformationsplanung auf nationaler Ebene:** Angleichung der NECP und NRPP an die Finanzierungsstrategien und Vorgaben zur Erreichung des Klimaziels 2040.
4. **Stärkung der Multi-Level-Governance und des Partnerschaftsprinzips:** Institutionelle Verankerung strukturierter Teilhabe und Einführung verpflichtender Kapitel für Territorien und Städte.
5. **Anpassung administrativer Unterstützung an nationale Kapazitäten:** Technische Unterstützung für kleinere Verwaltungen anbieten.
6. **Abstimmung mit dem ECF:** Angleichung von Indikatoren und Meilensteinen zur gegenseitigen Verstärkung industrieller und territorialer Investitionen.
7. **Stärkung von Transparenz und demokratischer Kontrolle:** Informationen über Ausgaben und Ergebnisse sollten offen zugänglich sein. Stärkung der Aufsicht durch das Europäische Parlament und unabhängige Prüfung durch den Europäischen Rechnungshof.

Für den neuen MFR-Zyklus in Europa besteht die Herausforderung darin, die fehlende Mitte mit einzubeziehen. Die Rechenschaftspflicht der Mitgliedstaaten muss zu einem Treiber für langfristigen Wandel werden, wobei gleichzeitig die Eigenverantwortlichkeit vor Ort erhalten bleiben soll. Wenn er gut durchdacht ist, kann der nächste MFR den alten Zwiespalt zwischen Brüssel und den Mitgliedstaaten auflösen und ein neues Modell gemeinsamer Verantwortung schaffen. Ein Modell, mit dem die EU, die Mitgliedstaaten und die Regionen gemeinsam die Transformation Europas gestalten und umsetzen und dabei Klimaziele mit sozialem Zusammenhalt und langfristiger Wettbewerbsfähigkeit verbinden können.

Die Autorin

Tsvetelina Kuzmanova ist Senior Project Managerin am Cambridge Institute for Sustainability Leadership (CISL) Europe und hat dort ihren Schwerpunkt auf dem Themengebiet nachhaltige Finanzen.

Impressum

Herausgeberin: Heinrich-Böll-Stiftung e.V.,
Schumannstraße 8, 10117 Berlin

Fachkontakt: Georg McCutcheon, Referat
Europäische Union und Nordamerika
mccutcheon@boell.de

Übersetzung: ERBEN Language Services
International

Layout: feinkost Design

Erscheinungsort: www.boell.de

Erscheinungsdatum: Januar 2026

Titelmotiv: © IMAGO/Scanspix

Lizenz: Creative Commons (CC BY-NC-ND 4.0)
<https://creativecommons.org/licenses/by-ncnd/4.0/deed.de>

Die vorliegende Publikation spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Heinrich-Böll-Stiftung wider.

Die Publikationen der Heinrich-Böll-Stiftung dürfen nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

Weitere Studien und Schriften zum Downloaden unter: www.boell.de/publikationen